

Reinhard Stuth

Die Slowakei auf dem Weg nach Europa

Am 25./26. September 1998 wählten die Slowaken ein neues Parlament und eine neue Regierung. Es war die zweite Wahl seit der Selbständigkeit 1993. Ohne Pathos oder Gewalt, vielmehr ruhig und selbstbewußt, also auf typisch slowakische Art, verabschiedeten die Slowaken gleich mehrere der verhängnisvollen politischen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts: den Nationalismus und den Autoritarismus. Ihre letzten Repräsentanten Vladimir Mečiar und Ján Slota mit ihren Helfern und Profiteuren schickten die slowakischen Wähler in Rente.

Seit dieser Wahl und der Bildung der Regierung durch Mikulaš Dzurinda einen Monat später weht im Land ein neuer Geist. In Politik, Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft – Universitäten, Kirchen, jüdische Gemeinden, Theater, Medien und Minderheiten eingeschlossen – sind Erleichterung und Aufbruch zu spüren. Der neue Vorsitzende des EU-Ausschusses des Nationalrats (Parlament), der Psychologe und Aphoristiker František Šebej, beschrieb die Stimmung so: „Es ist wie 1989, nur daß wir jetzt viel mehr Erfahrungen haben.“ Gleichwohl feierten die Slowaken nur kurz. Zu groß sind die Probleme.

■ Schweres Erbe des Mečiarismus

Das Erbe Mečiar ist schwer. Rücksichtslose Glückritter hatten wesentliche Teile der Volkswirtschaft als Beute unter sich verteilt, indem sie Betriebe nahezu ohne Eigenkapital zu Vorzugsbedingungen durch wenig transparente Direktverkäufe übernahmen. Bei Regierungsübernahme waren die Konten der Nationalbank buchstäblich leer. Die Grenze zwischen Regie-

Ende September 1998 wählten die Slowaken ein neues Parlament und eine neue Regierung. Der nationalistische, autoritäre, wirtschaftlich verhängnisvolle Weg Mečiar in die Isolation ist endgültig vorbei. Die breite Vierer-Koalition unter Premierminister Mikulaš Dzurinda nimmt mit hohem Tempo die notwendigen Kurskorrekturen vor. Die Slowakei rückt in die Spitzengruppe der EU-Beitrittskandidaten vor.

■ **Dem Geheimdienst SIS unter Ivan Lexa erlaubte Mečiar alles – Mord, Entführung des Präsidentensohnes, Verleumdung und Mißbrauch für HZDS-Partei-zwecke eingeschlossen.**

rung und Mafia vermischte sich. Die Regeln der Demokratie und des Rechtsstaats waren vielfach mißachtet, das Recht gebeugt worden. Entscheidungen des Verfassungsgerichts respektierte Mečiar nicht.

Dem Geheimdienst SIS unter Ivan Lexa erlaubte Mečiar alles – Mord, Entführung des Präsidentensohnes, Verleumdung und Mißbrauch für HZDS-Parteizwecke eingeschlossen. Nach einem Bericht seines neuen Direktors Vladimir Mitro agierte der SIS sogar subversiv in Tschechien, um den Beitritt dieses Nachbarn zur NATO zu erschweren. Der langjährige tschechische Innenminister Jan Ruml betrachtete den SIS als verlängerten Arm russischer Spionagedienste.

Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und Verharmlosung der Verbrechen der Jahre 1938 bis 1945 waren salonfähig. Polarisierung und Diskriminierung der Oppositionellen sowie ganzer Bevölkerungsgruppen wie der Ungarn waren an der Tagesordnung. Im April 1998 kritisierten neun katholische Bischöfe und sechs Hochschulrektoren „künstlich geschürten Hass“ und „unkontrollierte Macht“. Mit einem Wort: Das Regime hatte sich von aller Moral und vom westlichen Wertesystem verabschiedet. Der vorläufige Ausschluß von den Beitrittsverhandlungen zur NATO, zur Europäischen Union und zur OECD waren die zwingende Folge.

Im europäischen Ausland verurteilten EU, nationale Regierungen und Parlamente zwar regelmäßig und deutlich die undemokratischen Praktiken der Mečiar-Regierung. Vielerorts galt Mečiar als etwas zu autoritärer Landesvater, dem jedoch innenpolitisch niemand gewachsen sei, schon gar nicht die christlich-demokratische Opposition. Man müsse noch viele Jahren mit ihm rechnen. Der französische Präsident Jacques Chirac breitete Mečiar in Paris den roten Teppich aus. Auch Mitarbeiter im Bundeskanzleramt in Bonn dachten ähnlich. Erst Bundeskanzler Helmut Kohl selber verhinderte 1997 einen Besuch des unbelehrbaren Mečiar am Rhein.

Einer breiten Führungsschicht in Politik und Gesellschaft fuhr dagegen der Schreck in die Knochen. Mečiar's immer engere, auch wirtschaftliche Bindungen an Rußland taten ihr übriges. Immer mehr Menschen erkannten, daß die Slowakei nach Osten driftete. Jüngeren Menschen wurde klar, daß sie mittelfristig ihre berufliche und persönliche Zukunft außerhalb des

Heimatlandes würden suchen müssen. Dabei hatte die Slowakei in ihrer Geschichte schon viel zu viele *brain drains* erlitten. Immer häufiger schilderten Slowaken Mečiar als machthungrigen Verführer. Oft hieß es, er sei früher Boxer gewesen, aber kein guter. Er habe offenbar viel mehr einstecken müssen als ausgeteilt.

■ Die andere Slowakei: Eine lebendige Bürgergesellschaft

Die Abwahl Mečiar's war seit längerem vorstellbar – freie Wahlen und eine zusammenarbeitende Opposition vorausgesetzt. Die überwiegende Zahl der Slowaken blickt klar nach Westen und ist keineswegs so hinterwäldlerisch wie manche sie gerne darstellen wollen. Im ganzen Land gibt es viele politisch denkende, zu bürgerlichem Engagement bereite und gut ausgebildete Menschen.

Ein Beleg dafür ist die große Vielfalt aktiver Bürgerinitiativen, Stiftungen und anderer Gesellschaften. Die Ständige Konferenz des Bürgerlichen Instituts (SKOI) führt beispielsweise jeden Monat in über 40 Städten des Landes Diskussionen zu politischen Themen durch, zu denen in der Regel jeweils über 50 Teilnehmer kommen. Die Slowakische Gesellschaft für Auswärtige Politik (SFPA) unter der Präsidentschaftskandidatin und letzten Botschafterin der Tschechoslowakei in Wien, Magda Vašaryová, veranstaltet in Bratislava, Banská Bystrica, Prešov und an anderen Orten, also im ganzen Land und in zahlreichen Gymnasien Woche für Woche außenpolitische Debatten. Ähnliches gilt für das Centrum für Europapolitik (CEP). Die Laszlo Mecs-Gesellschaft, die Milan-Simečka-Stiftung, die Sándor-Marai-Stiftung und das renommierte private Wirtschaftsforschungsinstitut M.E.S.A. 10 sind weitere hervorragende Beispiele.

Viele Studenten, auch an Universitäten außerhalb von Bratislava, beispielsweise an der Matej Bel-Universität in Banská Bystrica, beeindrucken durch ihren kritischen, unabhängigen Geist und ihre Fremdsprachenkenntnisse. Gleiches gilt für die Vereinigung der Wirtschaftsstudenten AIESEC, für politische Jugendorganisationen wie KDMS und ODM, für die Initiative der Academia Istropolitana Nova und für viele andere jüngere Menschen. Ihr Lebensgefühl traf Mečiar mit seinem simplen Nationalismus überhaupt nicht.

■ Die Abwahl Mečiar's war seit längerem vorstellbar – freie Wahlen und eine zusammenarbeitende Opposition vorausgesetzt.

Das Kapitel Mečiar ist endgültig abgeschlossen. Sein Denken und Handeln sind in der Slowakei heute chancenlos. Seitdem er die Macht und die Mittel verloren hat, andere von sich abhängig zu machen, ist sein Mythos zerfallen. Er selber ist psychisch am Ende. Konsequenterweise hat er sein Parlamentsmandat nicht angenommen. Seine Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) hat ebenso wenig Zukunft. In der frischen Luft von Demokratie und Freiheit sowie mit zunehmender Modernisierung des Landes vertrocknet der Mečiarismus. Erste HZDS-Politiker haben die Partei bereits verlassen. Es wäre nicht überraschend, wenn die HZDS in den nächsten Jahren zerfiel.

■ Freie Wahl, eindeutiges Ergebnis

■ Das Wahlergebnis kam nicht überraschend. In den Trends übereinstimmende Umfragen der Meinungsforschungsinstitute MVK, Focus und Nazory belegen, daß die Wähler sich nicht erst kurzfristig in einem *last minute swing* für die neue Mehrheit entschieden.

Das Wahlergebnis kam nicht überraschend. In den Trends übereinstimmende Umfragen der Meinungsforschungsinstitute MVK, Focus und Nazory belegen, daß die Wähler sich nicht erst kurzfristig in einem *last minute swing* für die neue Mehrheit entschieden. Mečiar's HZDS lag bereits seit Jahresanfang gegenüber der vereinigten Opposition hoffnungslos zurück. Die Slowaken waren sich der Tragweite der Wahl bewußt. Die Wahlbeteiligung war mit 84,24 Prozent außerordentlich hoch. Das amtliche Endergebnis der Zentralen Wahlkommission lautet:

	Stimmen	Prozent	Mandate
HZDS	907 103	27,00	43
SDK	884 497	26,33	42
SDL	492 507	14,66	23
SMK	306 623	9,12	15
SNS	304 839	9,07	14
SOP	269 343	8,01	13

Aufgrund vielfältiger Wechsel der Bündnisse sind zuverlässige Vergleichszahlen zu den letzten Wahlen 1994 nicht möglich. Das Ergebnis stimmte übrigens vollständig mit den Parallelzählungen der Opposition überein. Diese Zählungen hatte eine neue Bestimmung im Wahlgesetz ermöglicht.

Der Wahlvorgang selber war zwar frei. Dieses bestätigten weit über 100 Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Aber nur durch Stimmenkauf, Denunziationen und Einschüchterungen gelang es der HZDS,

mit knappem Vorsprung wieder stärkste Partei zu werden. Mit acht Prozent Verlusten ist sie der größte Verlierer der Wahl. Ohne die Anwendung balkanischer Methoden wäre die Niederlage noch größer ausgefallen. Nicht nur verfügte die HZDS gesetzwidrig über nahezu unbegrenzte Geldmittel sondern mißbrauchte zudem ungebremst das staatliche Fernsehen. Beobachter rechnen auch mit etwa 20 000 gekauften Stimmen. Wer nachwies, die HZDS gewählt zu haben, erhielt in bestimmten staatlich kontrollierten Unternehmen Geld ausgezahlt. Überdies erschienen direkt vor der Wahl über verschiedene SDK-Politiker gefälschte, desavouierende Dokumente.

■ **Aber nur durch Stimmenkauf, Denunziationen und Einschüchterungen gelang es der HZDS, mit knappem Vorsprung wieder stärkste Partei zu werden.**

■ **Einzelergebnisse der Parteien**

Die Slowakische Demokratische Koalition (SDK), ein breiter Zusammenschluss von fünf überwiegend bürgerlichen Parteien, erzielte mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Christlichen Demokraten Mikuláš Dzurinda gemeinsam ein besseres Ergebnis als vor vier Jahren getrennt. Die SDK ist unangefochten die führende Kraft der bisherigen Opposition. Ihre Ergebnisse waren um so besser, je jünger und je besser gebildet die Wähler waren und je größer die Stadt ist, in der sie leben. Hochburgen sind die Städte Bratislava und Košice (Ost-Slowakei) und der Bezirk Prešov.

Die SDK führte den aktivsten Wahlkampf. Ihre Hauptthemen waren Arbeitslosigkeit, innere Sicherheit und Wohnungsnot, nicht die Skandale Mečiar. Die SDK zeigte auf allen Ebenen große Disziplin und Geschlossenheit, obwohl sie sich erst im Sommer 1998 als eigene Partei konstituiert hatte. Die Solidarität und Loyalität aus den eigenen Reihen für den Spitzenkandidaten ließ zeitweise allerdings zu wünschen übrig.

Die 42 Parlamentsmandate für die SDK verteilen sich auf ihre Gründungsparteien wie folgt:

KDH (christlich-demokratisch)	16
DU (liberal)	12
DS (bürgerlich-konservativ)	6
SZS (grün)	4
SDSS (sozialdemokratisch)	4

Die postkommunistische Partei der demokratischen Linken (SDL), ein Mitglied der Sozialistischen Internationale, konnte überraschend stark zulegen. Der Wechsel im Vorsitz von dem in Richtung So-

zialdemokratie denkenden Peter Weiss zum sich wieder zurück nach links orientierenden Jozef Migaš hat der Partei offenbar nicht geschadet. Auch die nationalistisch-antisemitische Slowakische Nationalpartei (SNS) gewann kräftig hinzu. Der Anteil für die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) entspricht wie vor vier Jahren im wesentlichen dem Anteil dieser Minderheit an der Gesamtbevölkerung. Die bolschewistische Vereinigung der Arbeiter (ZRS), in der letzten Legislaturperiode noch einer von Mečiar's Koalitionspartnern, scheiterte klar an der Fünf-Prozent-Hürde.

Erheblich schlechter als von vielen erwartet war das Ergebnis für die Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP). Sie ist ein Sammelbecken politisch schwer festzulegender Personen um den erfolgreichen Košicer Primator (Oberbürgermeister) Rudolf Schuster. In seiner Heimatregion kam sie zwar in fünf von elf Kreisen auf über 20 Prozent. Sie lag allerdings stets deutlich hinter der SDK. Schon in der Nachbarregion Prešov reichte es in den Kreisen nur zu neun bis 14 Prozent. In den 55 übrigen Kreisen des Landes lag die SOP in 19 unter fünf Prozent und nur in neun über sieben Prozent. Ihre wichtigste Zielgruppe im Wahlkampf waren die Unentschiedenen. Die SOP genoß die massive Unterstützung des Fernsehsenders Markíza und gewichtiger Unternehmer sowie die Hochschätzung einiger ausländischer Beobachter. Aber ohne Parteibasis und ohne politisches Programm, nur mit einer virtuellen Partei, ist auch in der Slowakei kein Staat zu machen. Ein späteres Zusammengehen mit der SDL ist vorstellbar.

■ Trends in den Regionen

■ ■ ■ **Interessant ist der Blick auf die Ergebnisse in den derzeit acht Regionen des Landes. Aufgrund des landesweit geltenden Grundsatzes der Verhältniswahl haben diese Einzelergebnisse allerdings keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments und der Fraktionen.**

Interessant ist der Blick auf die Ergebnisse in den derzeit acht Regionen des Landes. Aufgrund des landesweit geltenden Grundsatzes der Verhältniswahl haben diese Einzelergebnisse allerdings keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments und der Fraktionen. Nicht einmal auf das Nachrücken für ausscheidende Abgeordnete wirken sich die regionalen Anteile aus. Die SDK beispielsweise nimmt als Nachrücker von der Liste den Kandidaten mit der jeweils höchsten Zahl an persönlichen Vorzugsstimmen.

Bezirk	HZDS	SDK	SDL	SMK	SNS	SOP
Bratislava	30,31	43,11	15,78	3,55	7,74	6,11
Trnava	22,88	26,10	11,53	23,65	6,89	4,25
Trenčín	40,27	20,49	14,46	0,11	13,01	5,83
Nitra	23,40	21,10	12,57	26,40	7,38	4,78
Žilina	36,72	21,81	12,87	0,08	16,63	5,81
Banska Bystrica	25,88	20,85	19,09	9,80	10,13	6,55
Prešov	27,90	30,53	16,30	0,13	6,42	10,62
Košice	19,92	26,88	14,26	9,69	5,13	18,39

■ Wahlergebnisse nach Regionen (in Prozent)

Die SDK lag also in vier Regionen vorne, die HZDS in drei und die Partei der Ungarischen Minderheit in einer, nämlich der südslowakischen Region Nitra. Die sozialistische SDL kam in der Hälfte der Regionen sogar nur auf den vierten Platz.

Die HZDS verlor besonders stark in ihren bisherigen Hochburgen in der Mittelslowakei. In den Kreisen Brezno, Detva und Žiar nad Hronom erlitt sie erdrutschartige Verluste von über 15 Prozent, in Prievidza von 13 Prozent. In einer weiteren Hochburg, in der Stadt Banska Bystrica, endete die HZDS bei mageren 19 Prozent. Im Kreis Kysucke Nove Mesto (Region Žilina) erzielte die HZDS dagegen 49,9 Prozent und die SDK nur 11,6 Prozent. Dort war allerdings nur der öffentlich-rechtliche HZDS-Propagandasender STV zu empfangen und zweitgrößter Arbeitgeber ist die dortige Staatsverwaltung.

■ Die HZDS verlor besonders stark in ihren bisherigen Hochburgen in der Mittelslowakei.

Beachtenswert ist das gute Ergebnis der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS). Stark war sie wieder in den mittelslowakischen Regionen. In Žilina lag sie in allen elf Kreisen, in Trenčín in sieben von neun und in Banska Bystrica in neun von 13 Kreisen über zehn Prozent. Ihre anti-ungarische Hetze fand erneut dort den größten Anklang, wo kaum Ungarn leben. Žilina war allerdings bereits in der ersten Hälfte des Jahrhunderts die Hochburg der faschistischen Slowakischen Volkspartei des Prälaten Andrej Hlinka, der mit Monsignore Jozef Tiso zusammen die erste Slowakische Republik repräsentierte. Sie wurde damals durch das Münchner Abkommen von 1938 ermöglicht und führte ein Dasein von Hitlers Gnaden.

■ Halbwegs geordneter bergang der Regierungsgesch fte

Die formale Übergabe der Macht nach den Wahlen erfolgte im Einklang mit der Verfassung. Zwar nutzten Mečiar und seine Männer fürs Grobe den Spielraum

der Verfassung bis zum allerletzten Tag aus. Immerhin galt es, in dieser Zeit genug Dokumente beim Nationalen Vermögensfonds (FNM), beim Geheimdienst SIS und andernorts zu vernichten, Kassen zu plündern und Spuren zu verwischen.

Außerdem wurden noch geschwind zahlreiche Getreue mit Posten, Beförderungen und vorteilhaften Verträgen versorgt, für Straftaten amnestiert oder sonstige begünstigt. In diesem Zeitraum kamen auch neue Botschafter in Bonn (Foltin), Ottawa (Kramplova) und Wien (Šetak) ins Amt. Mangels Staatspräsidenten übt ja der Ministerpräsident wichtige Befugnisse des Staatsoberhauptes aus. Am Ende berief jedoch der bisherige Parlamentspräsident, Ivan Gašparovič (HZDS), den Nationalrat, das Parlament, für den letzten Tag der 30-Tage-Frist ein.

■ **Die neue, breite Vier-Parteien-Koalition wählte entsprechend dem Koalitionsvertrag den Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Linken (SDL), Jozef Migaš, zum neuen Parlamentspräsidenten.**

Die neue, breite Vier-Parteien-Koalition wählte entsprechend dem Koalitionsvertrag den Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Linken (SDL), Jozef Migaš, zum neuen Parlamentspräsidenten. Ihm gegenüber reichte die Regierung Mečiar kurz darauf den Rücktritt ein. Da das Land immer noch ohne Staatspräsident ist, erteilte Migaš darauf unverzüglich Mikulaš Dzurinda den Auftrag zur Regierungsbildung. Aufgrund des fertigen Koalitionsvertrags konnte er binnen Stunden sein Kabinett vorstellen. Der Parlamentspräsident überreichte Dzurinda und den Ministern am 30. Oktober die Ernennungsurkunden. Noch am selben Tag wurden alle Minister in ihre Ämter eingeführt. Die meisten trafen ihre Vorgänger allerdings bei der Übergabe des Ministeriums nicht an. Seit diesem Tag ist die neue Regierung handlungsfähig. Bei der von der Verfassung vorgeschriebenen Abstimmung über die Programmklärung und damit über das Vertrauen für die Regierung hatte die Vierer-Koalition am 2. Dezember alle ihre Abgeordneten im Parlament hinter sich. Von 138 anwesenden Abgeordneten stimmten 88 für und 50 gegen die Regierung.

■ **Schwierige Koalitionsverhandlungen**

Die Koalitionsverhandlungen waren naturgemäß nicht einfach. Schon vor den Wahlen, erst recht aber danach ließen jedoch alle vier späteren Koalitionspartner SDK, SDL, SMK und SOP keinen Zweifel daran, sich an einer neuen Regierung beteiligen zu wollen.

Die SDK und die ungarische SMK waren immer die klarsten Gegner von Mečiar und wahrten die größte Distanz zur alten kommunistischen Nomenklatura. Beide Parteien sind durch eine gemeinsame politisch-programmatische Erklärung verbunden. Führende Kräfte in beiden Formationen sind Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei. Auch die SOP steht mehr noch aus persönlichen als aus politischen Gründen eindeutig gegen die HZDS. Die SDL ging selbstbewußt in die Koalitionsverhandlungen. Sie wollte unbedingt in die neue Regierung. Führende Vertreter hatten ein Bündnis mit der HZDS bereits abgeschlossen. Es hätte auch keine Mehrheit gehabt. Die HZDS stand also, von den Nationalisten abgesehen, ohne Alliierte da.

Der designierte Ministerpräsident Mikulaš Dzurinda brachte seine SDK bereits am Tag nach der Wahl mit der SDL, SMK und SOP zusammen, um über die Bildung der Koalition zu beraten. In den folgenden Wochen verhandelte er für die SDK abwechselnd bilateral mit den einzelnen Parteien und dann wieder im Kreis aller vier Parteien. Die Verhandlungsdelegation der SDK bildeten jeweils Dzurinda, der Vorsitzende der liberalen Plattform und jetzige Außenminister, Eduard Kukan, und ein weiterer Vertreter, der reihum aus den ursprünglichen fünf Gründungsparteien der SDK kam. Auf diese Weise zwang Dzurinda diese Gründungsparteien, sich laufend auf gemeinsame Positionen zu verständigen. Um die Koalitionsverhandlungen nicht durch persönliche Ambitionen einzelner Politiker zu belasten, setzte er durch, daß Personalfragen erst nach Abschluß aller Sachfragen erörtert wurden.

Zwei Faktoren haben die Bildung der Vierer-Koalition erschwert: Das Bündnis ist heterogen. Konservative und Postkommunisten, Patrioten und Ungarn mußten sich einigen. Zugleich ist die SDK noch keine gefestigte Partei. Insbesondere in der KDH, einer mitgliederstarken, gewachsenen Partei mit deutlichem Profil gibt es Persönlichkeiten, die sich schwertun, in einem größeren Verbund aufzugehen. Einigen ihrer – persönlich integren und respektablen – Repräsentanten sind Grundsatzpositionen wichtiger als möglichst hohe Stimmenzahlen. Die SDK entstand eben nicht aus eigener Erkenntnis der Gründungsparteien. Auslöser war vielmehr Mečiar's Jonglieren mit dem Wahl-

■ **Der designierte Ministerpräsident Mikulaš Dzurinda brachte seine SDK bereits am Tag nach der Wahl mit der SDL, SMK und SOP zusammen, um über die Bildung der Koalition zu beraten.**

■ Schwierigster Punkt der Koalitionsverhandlungen waren offen zutage tretende Bedenken der SDL gegen eine Beteiligung der ungarischen SMK an der Regierung.

gesetz. Der Zusammenschluß der ungarischen SMK, die ursprünglich auch von drei eigenständigen, christlich-demokratisch, national-konservativ und liberal orientierten, politisch also einander nahe stehenden Parteien gegründet wurde, ist dagegen wohl endgültig.

Schwierigster Punkt der Koalitionsverhandlungen waren offen zutage tretende Bedenken der SDL gegen eine Beteiligung der ungarischen SMK an der Regierung. Für die SDK und SOP war dagegen die volle Mitwirkung der SMK aus drei Gründen unverzichtbar: als Signal der Versöhnung nach innen, als Signal der Europafähigkeit an die EU und die NATO und schließlich zum Erreichen der verfassungsändernden Drei-Fünftel-Mehrheit (90 Sitze). Die SDK und Dzurinda wollten zudem das bürgerlich-christlich-demokratische Gewicht in der Koalition gegenüber der linken SDL und der eher diffus linksliberalen SOP stärken. Am 25. Oktober stimmte der Parteitag der SDL der Koalition auch mit der SMK bei nur einer Gegenstimme zu. Ein leidenschaftlicher Streit zwischen SDL und SMK über die Übertragung landwirtschaftlicher Flächen vom Staat an die Kommunen und über die Ernennung des Generaldirektors des Slowakischen Bodenfonds im Februar 1999 zeigt, daß immer wieder mit Konflikten zwischen diesen beiden Parteien zu rechnen ist.

Am Ende gelang es Mikuláš Dzurinda, die Kräfte mit Ausdauer, diplomatischem Geschick und Sachlichkeit zusammenzubinden. Zwar ist er sowohl in der SDK als auch im KDH-Establishment ohne starke Hausmacht. Auch ist er ein Mann der leisen Töne. Ausländische Beobachter, insbesondere Diplomaten und Journalisten, vor allem aber auch Mečiar selber, haben ihn deswegen lange unterschätzt. Sie glaubten irrtümlich, die Slowaken wollten immer nur einen Caudillo. Als Marathonläufer hat Mikuláš Dzurinda aber einen langen Atem. Er hat den festen Willen, diese breite Koalition zu prägen.

Mit seinem Charisma mobilisierte er erfolgreich junge Menschen und gewann sie für die SDK. Mit heute 44 Jahren repräsentiert er selbst eine neue Generation von Politikern. Seine Stärke ist der Blick für das Machbare, für das Notwendige und für den richtigen Zeitpunkt für beides. Vor allem ist Dzurinda ein Mann der Mitte und des Ausgleichs. Er genießt Vertrauen und hat gute persönliche Verbindungen in

alle drei Koalitionspartner hinein. Selbst der HZDS hatte er bereits am Morgen nach der Parlamentswahl einige Führungspositionen im neuen Parlament angeboten und erklärt, auf Revanche verzichten zu wollen.

■ **Das Personalpaket der Vierer-Koalition**

Der am 28. Oktober unterzeichnete Koalitionsvertrag enthält ein Personalpaket für alle neu zu besetzenden Ämter im Staat. Die SDK stellt den Premierminister, die SDL den Parlamentspräsidenten und der SOP-Vorsitzende Rudolf Schuster kommt seinem überraschenden persönlichen Ziel, dem Staatspräsidentenamt, ein Stückchen näher, da die Vierer-Koalition ihn zu ihrem gemeinsamen Kandidaten kürt. Der traditionelle Flügel der SDK, also einige Vertreter der christlich-demokratischen KDĽH und bürgerlichen DS, äußerten zwar deutliche Ablehnung gegenüber der Kandidatur eines ehemals exponierten Kommunisten. Am Ende siegte die Einsicht in das Wesen der Politik als Prozeß der Kompromißsuche.

Stellvertretende Parlamentspräsidenten wurden der SMK-Vorsitzende Bela Bugár, Pavol Hrušovský (SDK), der wie Bugár ein Christlicher Demokrat ist, und der bisherige Oberbürgermeister von Banská Bystrica, Igor Presperín (SOP). Vizepräsident aus den Reihen der Opposition ist Marian Anđel (SNS).

Die neue Regierung wurde nach dem Schlüssel 9 : 6 : 3 : 2 (SDK : SDL : SMK : SOP) zusammengesetzt. Jede Partei erhält einen Vizepremierminister. Im einzelnen sind dies:

- für Gesetzgebung: Lubomír Fogaš(SDL)
Der Jurist gehört zum inneren Führungskreis seiner Partei.
- für Wirtschaft: Ivan Mikloš (SDK)
Mikloš war 1991/92 Privatisierungsminister. Er kommt aus der bürgerlich-konservativen Demokratischen Partei (DS). In den letzten Jahren leitete er das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut M.E.S.A. 10.
- für europäische Integration: Pavol Hamžík (SOP)
Hamžík war bis 1996 Botschafter in Bonn und danach Außenminister in der Regierung Mečiar.
- für Menschen- und Minderheitenrechte sowie regionale Entwicklung: Pal Csaky (SMK)
Csaky war Fraktions- und Vizepartei-vorsitzender

■ **Die SDK stellt den Premierminister, die SDL den Parlamentspräsidenten und der SOP-Vorsitzende Rudolf Schuster kommt seinem überraschenden persönlichen Ziel, dem Staatspräsidentenamt, ein Stückchen näher, da die Vierer-Koalition ihn zu ihrem gemeinsamen Kandidaten kürt.**

der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (MKDM).

Der Premierminister und seine Stellvertreter repräsentieren altersmäßig eine neue Generation in der slowakischen Politik. Sie sind alle zwischen Ende 30 und Mitte 40. Die weiteren Minister sind:

Inneres:	Ladislav Pittner (SDK)
Verteidigung:	Pavol Kanis (SDL)
Auswärtiges:	Eduard Kukan (SDK)
Finanzen:	Brigita Schmögnerová (SDL)
Wirtschaft:	Ludovít Černák (SDK)
Verkehr und Post:	Gabriel Palacka (SDK)
Landwirtschaft:	Pavol Koncoš (SDL)
Privatisierung:	Mária Machová (SOP)
Bau:	István Harna (SMK)
Justiz:	Jan Čarnogursky (SDK), Ministerpräsident a.D.
Arbeit und Soziales:	Peter Magvaši (SDL)
Gesundheit:	Tibor Šagát (SDK)
Kultur:	Milan Kňažko (SDK)
Bildung und Wissenschaft:	Milan Ftáčnik (SDL)
Umweltschutz:	László Miklós (SMK)

Insbesondere die Schlüsselresorts wurden mit erfahrenen, kompetenten und ausgesprochen EU-freundlichen Persönlichkeiten besetzt. Durch die Berufung von Brigita Schmögnerová ist gewährleistet, daß auch der sozialistische Koalitionspartner eine marktwirtschaftliche Politik unterstützen wird. Von den neun SDK-Kabinettsmitgliedern kommen jeweils vier aus der christlich-demokratischen sowie aus der liberalen Plattform. Die Liberalen stellen mit Roman Kováč zudem den SDK-Fraktionsvorsitzenden.

■ Ehrgeizige Ziele der Regierung Dzurinda

Die neue Regierung unter Mikulaš Dzurinda und die sie tragende bunte Vier-Parteien-Koalition hat sich drei große Ziele gesetzt:

- Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Minderheitenschutz wiederherzustellen;
- den wirtschaftlichen Niedergang und die Ausplünderung der Betriebe zu stoppen; nachhaltiges, sozial sowie ökologisch verantwortliches Wachstum zu schaffen; einen marktwirtschaftlichen Kurs zu halten

- und ausländische Investitionen zu gewinnen; vor allem: Arbeitsplätze zu schaffen;
- die Slowakei in die europäischen Strukturen von EU, NATO, OECD und WEU zu führen.

Ende Februar 1999 war die Regierung Dzurinda vier Monate im Amt. Zahlreiche Reformen wurden bereits durch das Parlament gebracht. Andere Maßnahmen hat das Kabinett entschieden. Um eine Wiederholung von Blockaden bei der Neuwahl eines Staatspräsidenten zum Schaden des Landes zu verhindern, führte das Parlament die Direktwahl des Präsidenten ein. Die erste Wahl wird im Mai 1999 stattfinden.

Die Slowakei ist bereits eine andere geworden. Das Tempo der Veränderungen ist rasant. Ermüdungserscheinungen sind gleichwohl noch nicht zu erkennen. Vom ersten Tag an richtete der Blick sich nach vorne, nicht zurück. Mečiar ist kein Thema mehr. Gelegentlich wurde die politische Bandbreite der Koalition als Schwäche und Belastung angesehen: Jetzt wird deutlich, daß die Breite die Stärke ist. Die Reformen sind so erheblich besser abgesichert.

„Die Slowakei“, so stellte der dänische Außenminister Niels Helveg Petersen fest, „macht bewundernswerte Fortschritte bei den Bemühungen, das nachzuholen, was sie im Prozeß der Erweiterung der EU und der NATO verpaßt hat.“ Auch bei guter Politik werden wirtschafts- und innenpolitisch sichtbare Erfolge jedoch länger auf sich warten lassen. Zuerst einmal geht es darum, die Voraussetzungen für den Aufschwung zu schaffen. Es hilft der Regierung Dzurinda, daß sie politisch und programmatisch durch eine intensive, einjährige Vorarbeit sehr gut vorbereitet und im Innern gefestigt ihr Amt antreten kann.

■ **„Die Slowakei“, so stellte der dänische Außenminister Niels Helveg Petersen fest, „macht bewundernswerte Fortschritte bei den Bemühungen, das nachzuholen, was sie im Prozeß der Erweiterung der EU und der NATO verpaßt hat.“**

■ **Demokratie, Rechtsstaat und Minderheitenschutz wieder garantiert**

Vergleichsweise einfach war es für die neue Vierer-Koalition, Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Minderheitenschutz wiederherzustellen. Das meiste wurde allein dadurch erreicht, daß die neue Mehrheit selbstverständlich die Verfassung und die Gesetze respektiert. Zudem sind die beiden christlichen Demokraten und Dissidenten während des Kommunismus, Ladislav Pittner und Jan Čarnogursky, an der Spitze

von Innen- und Justizministerium glaubwürdige Garanten für die Stärkung des Rechtsstaats. Sie gewährleisten die korrekte juristische Aufarbeitung der HZDS-Regierungskriminalität. Darüber hinaus sind drei Kurskorrekturen wichtig:

Im Parlament behandelt die Vierer-Koalition die neue Opposition so fair, wie es westeuropäischem Standard entspricht. Nicht Revanche ist angesagt, sondern die Herausbildung eines neuen Stils. So überließen die Koalitionsfraktionen den jetzt oppositionellen Fraktionen von HZDS und SNS ihrer Stärke entsprechend sechs der 18 Ausschußvorsitze und eine von vier Vizepräsidentenschaften des Parlaments. Außerdem kann die Opposition jetzt Vertreter in die Kontrollgremien für den Geheimdienst und den Nationalen Vermögensfonds (Treuhand) entsenden. Zwar nutzt nur die rechtsextreme SNS diese Möglichkeiten. Die HZDS leidet lieber still vor sich hin und läßt die ihnen zustehenden Positionen vakant. Die Parlamentsmehrheit hält ihr die Türen zur parlamentarischen Mitwirkung aber geöffnet.

■ Bei der Anfang 1999 anstehenden Neubenennung der Präsidenten der Gerichte verzichtete die Regierung gänzlich auf parteipolitische Erwägungen.

Bei der Anfang 1999 anstehenden Neubenennung der Präsidenten der Gerichte verzichtete die Regierung gänzlich auf parteipolitische Erwägungen. Justizminister Jan Čarnogursky ließ die Richter, ohne daß es gesetzlich vorgeschrieben gewesen wäre, ihre Kandidaten in völliger Unabhängigkeit selbst wählen und bestätigte ausnahmslos alle Vorschläge, auch wenn die Personen seinerzeit schon einmal von Mečiar ins Amt gebracht worden waren.

Die zweite demokratiepolitisch wichtige Kurskorrektur betrifft die Medien. Bereits nach zehn Tagen verabschiedete die Vierer-Koalition ein Fernseh- und ein Rundfunkgesetz, das den öffentlich-rechtlichen und überparteilichen Charakter der nichtprivaten Sender wiederherstellte. Waren die Fernseh- und Rundfunkbeiräte unter Mečiar oppositionsfreie Zonen, so gehören den neun Mitglieder starken Gremien jetzt jeweils zwei Repräsentanten der Opposition an.

■ Minderheitenpolitik auf westeuropäischem Standard

Die dritte, langfristig folgenreichste Kurskorrektur ist die vorbehaltlose Anerkennung der nationalen Minderheiten als völlig gleichberechtigter Bürger des Landes. Schon die Aufnahme der Partei der Ungari-

schen Koalition (SMK) in die Regierung symbolisiert und garantiert den neuen Status jedenfalls der Ungarn. Damit sind zum ersten Mal seit der Samtenen Revolution 1989 ungarische Slowaken an der Führung des Staats beteiligt. Sie stellen einen Vizepremierminister, zwei Minister und einen Vizepräsidenten des Parlaments. Seit Januar 1999 gibt es auch wieder zweisprachige Schulzeugnisse. Das Minderheitensprachgesetz wird zügig ausgearbeitet. Ungarn werden bei der Besetzung staatlicher Posten nicht mehr diskriminiert.

Verantwortlich für Minderheiten- und Menschenrechte sowie für regionale Entwicklung ist der frühere Fraktionsvorsitzende der Ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung (MKDM), der jetzige Vizepremierminister Pál Csáky. Der 42-jährige Absolvent der chemisch-technologischen Hochschule im ostböhmischen Pardubice war von 1995 bis 1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Er vertritt nicht nur engagiert, besonnen, ehrlich und liebenswürdig die Interessen der Ungarischstämmigen, sondern nimmt sich auch zielstrebig des viel schwierigeren Problems der Verbesserung der Lage und der Rechte der Roma an. Ihre Zahl wächst derzeit sehr schnell, mit allen daraus erwachsenden Konflikten mit der jeweiligen Nachbarschaft. Als ersten Schritt beabsichtigt Csáky, so bald wie möglich einen Regierungsbevollmächtigten für die Probleme der Roma zu berufen.

Die Lage aller anderen nationalen Minderheiten ist ohne ernste Probleme. Ruthenen, Ukrainer, Tschechen, Polen und Deutsche leiden lediglich unter ihrer kleinen Zahl. Selbst in dem Ort mit dem größten Anteil Deutschstämmiger, dem ostslowakischen Metzendorf (Medzev) am Rande der Zips, gehören nur noch um die 20 Prozent zur deutschen Minderheit. So sorgt sich die Vorsitzende des Karpathendeutschen Vereins, Gertrud Greser, vor allem um die schleichende Assimilation. Auch sie weiß aber, daß eine erfolgreiche Integration in die slowakische Umgebung allseits akzeptiert werden muß.

■ **Schwere wirtschaftliche und soziale Erblast**

Von allen Erblasten wiegen die wirtschaftliche und die soziale am schwersten. Wichtige volkswirtschaftliche Zahlen verschlechterten sich immer mehr. Die

■ **Das Minderheitensprachgesetz wird zügig ausgearbeitet. Ungarn werden bei der Besetzung staatlicher Posten nicht mehr diskriminiert.**

■ **Nach Angaben des privaten Wirtschaftsforschungsinstituts M.E.S.A. 1998 erreichte die Slowakei das schlechteste Außenhandelsergebnis ihrer Geschichte.**

beiden Defizite der Handelsbilanz und des Haushalts sowie die Arbeitslosenrate erreichen Rekordhöhen. Nach Angaben des privaten Wirtschaftsforschungsinstituts M.E.S.A. 10 erreichte die Slowakei 1998 das schlechteste Außenhandelsergebnis ihrer Geschichte. Mit 80,8 Milliarden SKK (etwa 1,9 Milliarden Euro) betrug das Defizit über elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Defizit des Staatshaushalts betrug 1998 19,2 Milliarden SKK (fast 450 Millionen Euro). Das tatsächliche Defizit der Staatsfinanzen stieg um weitere 46 Milliarden SKK (fast 1,1 Milliarden Euro), so daß die Gesamtstaatsschuld ohne öffentliche Fonds und ohne die Gemeinden 156 Milliarden SKK (über 3,6 Milliarden Euro) betrug.

Die großen, ehemals staatlichen Betriebe und Banken waren an Einzelpersonen verschleudert worden, die kaum etwas taten, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ihre Verbindungen, Abhängigkeiten und Aktivitäten blieben vielfach undurchschaubar und weckten den Verdacht umfangreicher Mafia-Strukturen. Ausländische Investitionen wurden rar. Die Bezirksarbeitsämter registrierten zum Jahresende über 428 000 Arbeitslose. Dies entspricht einer Arbeitslosenrate von 16,4 Prozent. Dabei sind dramatische regionale Unterschiede zu berücksichtigen. Die Arbeitslosenrate reicht von 3,55 Prozent im Stadtbezirk Bratislava IV bis zu 33,26 Prozent im südslowakischen Rimavská Sobota. Lediglich die Inflationsrate von 6,7 Prozent und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von über sechs Prozent bereits im vierten Jahr in Folge waren für eine Volkswirtschaft in Transformation befriedigend. Die Erfüllung der Maastrichter Kriterien für die Europäische Währungsunion lag Ende 1998 jedenfalls in weiter Ferne.

Angesichts dieser kritischen Lage beschloß die Vierer-Koalition im Januar 1999 mutig trotz unterschiedlichen politischen Hintergrunds äußerst geschlossen und vor allem bemerkenswert schnell drei Pakete mit insgesamt über 70 Maßnahmen. Gemeinsames Ziel ist die rasche Gesundung der Wirtschaft und eine möglichst große Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen. Die Pakete, auch der strikte Sparkurs und die Absicht mehrerer Privatisierungen, tragen die Handschrift der beiden überzeugten Marktwirtschaftler, des Vizepremierministers Ivan Mikloš (SDK) und der Finanzministerin Brigita Schmögnerová (SDL).

■ **Gemeinsames Ziel ist die rasche Gesundung der Wirtschaft und eine möglichst große Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen.**

Das erste Paket soll das makroökonomische Ungleichgewicht im Fiskalbereich stabilisieren. Es enthält Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und zur Erhöhung der Einnahmen. So werden der Autobahnbau verlangsamt, die Löhne in der staatlichen Verwaltung und in den Schulen eingefroren und Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Die Gas- und die Strompreise für private Haushalte, die Preise für Wasser, Postdienstleistungen, Bus und Bahn, sowie zahlreiche weitere Gebühren und Abgaben werden spürbar erhöht.

Das zweite Paket soll Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse der Betriebe, insbesondere der Großunternehmen und des Bankensektors, in Gang setzen. Dabei geht es um die bessere Durchsetzung der Gesetze, die Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht, die Beschränkung staatlicher Eingriffe in Marktmechanismen sowie Transparenz, Wettbewerb und öffentliche Kontrolle. Besonders aufwendig dürfte die Sanierung der Ostslowakischen Eisenwerke VSŽ werden.

Das dritte Paket schließlich soll einem Gebot politischer Klugheit folgend die sozialen Auswirkungen der restriktiven Politik der beiden ersten Pakete auf die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten abmildern. Unter anderem sollen Massenentlassungen eingeschränkt, ein Wohngeld eingeführt und ein Garantiefonds aus Beiträgen der Arbeitgeber für Verbindlichkeiten insolventer Firmen gegenüber ihren Arbeitnehmern errichtet werden.

Natürlich wird an diesen drei umfangreichen Paketen auch Kritik geübt. Den Gewerkschaften genügen die sozialen Ausgleichsmaßnahmen nicht. Andere beanstanden fehlende Hinweise auf die Geltungsdauer bestimmter Vorhaben sowie unpräzise Angaben zum Umfang des Stellenabbaus in der Staatsbürokratie. Weitere Pakete sowie Einzelmaßnahmen wie die Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und der Mineralölsteuer gelten daher noch in diesem Jahr als möglich.

■ **berragendes Ziel:** **EU-Beitrittsverhandlungen**

Das dritte große, alles andere überragende Ziel der Regierung Dzurinda ist es, so rasch wie möglich in die Spitzengruppe der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union und als Nachtrag zur ersten Gruppe in die NATO aufgenommen zu werden. Hierin sind sich alle vier Koalitionspartner ohne Wenn und Aber

einig. Hierauf konzentrieren sie alle Kräfte. Überzeugen wollen sie durch eigene Leistungen, nicht durch Gnadenerweise. Gleichzeitig erwartet die Regierung ein klares, ermutigendes Signal für einen baldigen Verhandlungsbeginn vom Europäischen Rat im Juni in Köln und den Startschuß der Verhandlungen selbst vom Europäischen Rat im Dezember in Helsinki. Dabei gilt der Satz der Staatssekretärin im österreichischen Außenamt, Benita Ferrero-Waldner, die Devise sei nicht mehr "Je früher, desto besser", sondern "Je besser vorbereitet, desto früher".

■ **Die ersten, entschlossenen innen- und wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen der ersten Monate werden ergänzt durch eine umfassende diplomatische Offensive.**

Die ersten, entschlossenen innen- und wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen der ersten Monate werden ergänzt durch eine umfassende diplomatische Offensive. Die Regierung hob umgehend einseitig die Visapflicht für Großbritannien und Irland auf. Bereits in seiner ersten Woche im Amt reiste Premierminister Dzurinda zu Gesprächen mit Kommissionspräsident Jacques Santer, EP-Präsident José Maria Gil-Robles und NATO-Generalsekretär Javier Solana nach Brüssel. Noch in seinen ersten 100 Tagen im Amt folgten zwei weitere Besuche in Brüssel sowie zahlreiche Gespräche in Bratislava und in EU-Hauptstädten. Wichtiges Ergebnis war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zwischen Kommission und slowakischer Regierung auf höchster Beamtenebene, die den Nachhol- und Handlungsbedarf der Slowakei im Detail ermitteln soll.

Nahezu alle anderen Kabinettsmitglieder, insbesondere Außenminister Eduard Kukan, und der EU-Chefunterhändler, Staatssekretär Jan Figel, beteiligten sich an dieser Offensive. Kukan bemüht sich vor allem auch um die kleineren EU-Mitgliedsländer. Schon jetzt ist die frühere außenpolitische Isolierung vollständig überwunden. Die slowakische Regierung ist heute in ein enges Netz von Kontakten, Besuchs austauschen und Verhandlungen mit allen EU- und NATO-Mitgliedsländern und vor allem mit den Nachbarländern eingewoben. In kürzester Zeit sind Begegnungen auf höchster Ebene mit Tschechien und Ungarn wieder selbstverständlich geworden. Durch besondere Offenheit und politische Unterstützung zeichnet sich auf EU-Seite übrigens die Europäische Volkspartei, der Zusammenschluß christlich-demokratisch, bürgerlich-konservativ und liberal orientierter Parteien, aus.

■ **Anfang Dezember 1998 stimmte eine überwältigende Mehrheit von Abgeordneten für eine Entschließung, die sich mit den Werten der EU und den Bedingungen für den Beitritt identifiziert.**

Das Ziel des EU-Beitritts trägt die breite Mehrheit des Parlaments mit. Anfang Dezember 1998 stimmte

eine überwältigende Mehrheit von Abgeordneten für eine Entschließung, die sich mit den Werten der EU und den Bedingungen für den Beitritt identifiziert. Dem EU-Beitritt, aber auch der Neuordnung des ganzen Landes im Sinn der Subsidiarität dienen auch mehrere vorbereitende Maßnahmen der Regierung, um die Slowakei in handlungsfähige Regionen zu gliedern. Dzurinda hat das Thema mittlerweile sogar zur Chefsache erklärt.

Nicht zuletzt in der Perspektive des EU-Beitritts ist die Regierung Dzurinda bestrebt, möglichst noch in diesem Jahr der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beizutreten. Die Regierung möchte die hierfür erforderlichen ungefähr fünf Gesetzesänderungen bald vorlegen. Vom OECD-Beitritt erwartet die slowakische Führung auch eine erhöhte Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen.

■ **Erster Stimmungstest: Kommunalwahlen im Dezember**

Nach wenigen Monaten ist die Zwischenbilanz der neuen slowakischen Regierung beeindruckend. Die entschlossenen, nicht auf kurzfristige Popularität achtenden politischen und wirtschaftlichen Kurskorrekturen waren notwendig und richtig. Ein erster allgemeiner Stimmungstest waren die Kommunalwahlen am 18./19. Dezember 1998 in 2913 Städten und Gemeinden. Ein direkter Vergleich mit den Parlamentswahlen ist zwar nicht möglich. Nationale und kommunale Wahlen folgen auch in der Slowakei unterschiedlichen Gesetzen. Auch waren die Kombinationen von Kandidatenlisten allzu bunt. In Bratislava hatten SDK und SDL einen gemeinsamen Kandidaten, in Košice und anderen Städten SDL und SOP. Die SDK und die Gründungsparteien kandidierten mal gemeinsam, mal getrennt.

Bedeutsam sind allerdings verschiedene Trends: Bis auf wenige unbedeutende Ausnahmen bilden die Vierer-Koalition und die HZDS/SNS zwei völlig voneinander getrennte Lager. Die Zeit der Freund-Feind-Konfrontation ist gleichwohl vorüber. Der HZDS geht in den Städten langsam die Luft aus. In keiner Hauptstadt der acht Regionen und in kaum einer Kreisstadt stellt sie mehr das Stadtoberhaupt.

■ **Der HZDS geht in den Städten langsam die Luft aus. In keiner Hauptstadt der acht Regionen und in kaum einer Kreisstadt stellt sie mehr das Stadtoberhaupt.**

Gewonnen haben in den Regionalhauptstädten Bratislava, Trenčín Trnava und Prešov Kandidaten aus der SDK, in Banská Bystrica die SDL, in Košice die SOP und in Nitra und Žilina die SNS.

■ **Wie stabil ist die neue Regierung?**

Dennoch stellt sich die Frage der Stabilität der Regierung Dzurinda. Sollbruchstelle scheint der Zusammenhalt des größten Koalitionspartners, der SDK, zu sein. Einige aus der KDH kommende Abgeordnete und ein Minister erzeugen eine beachtliche zentrifugale Wirkung. Eine Gefährdung der Stabilität der SDK und damit der ganzen Regierung wünschen sie nicht, nehmen sie aber billigend in Kauf. Da die Herausforderungen für die neue Regierung aber noch immer so immens sind und der Wille, die Slowakei aus der tiefen Krise der Mečiar-Zeit herauszuführen, weiterhin außerordentlich stark ist, deutet alles auf eine Fortsetzung der SDK und sogar auf ihre Stärkung hin. Hierfür spricht auch, daß Mikulaš Dzurinda, der SDK-Vorsitzende, die treibende Kraft für diese Entwicklung ist.

Die Stabilität der Regierung ist für die Slowakei eine Schicksalsfrage. Die Slowaken haben eine neue Regierung gewählt, um das Tor zur Europäischen Union wieder zu öffnen. Die Kommission, der Europäische Rat, der Ministerrat, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten sollten jetzt ihrerseits die Regierung Dzurinda tatkräftig unterstützen. Dieses ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen, die die Slowakei seinerzeit vorrangig aus politischen Gründen zurückgesetzt hatten. Der Beitritt der Slowakei zur EU und zur NATO liegt überdies im politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interesse beider Institutionen.

Wie andere kleinere Staaten in Europa, die ein wenig am Rand liegen, ist zudem zu erwarten, daß die Slowakei innerhalb der EU eine aktive, solidarische und integrationsfreundliche Rolle übernehmen wird. Schon heute bleibt festzustellen: Die Slowakei, die natürlich kulturell, historisch und geistig immer ein Teil des Westens war, ist jetzt zügig auf dem Weg in ein politisch vereinigtes Europa.

Das Manuskript wurde am 19. Februar 1998 abgeschlossen.